

## ANTRAG

~~9.07.2019 09:00~~

der Abgeordneten Dr.<sup>in</sup> Ewa Ernst-Dziedzic, Nico Marchetti,  
Kolleginnen und Kollegen

### **betreffend Angriff auf Meinungsfreiheit und LGTBIQ-Rechte in Polen**

**eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 6 Bericht des  
Gleichbehandlungsausschusses über den Antrag 1512/A(E) der Abgeordneten  
Gabriele Heinisch-Hosek, Kolleginnen und Kollegen betreffend Akut-  
Maßnahmen für Gewaltschutz (1106 d.B.)**

Aktuell lassen sich in Europa insbesondere in Polen und weltweit besorgniserregende Rückschritte hinsichtlich Grundrechte beobachten. Im Zentrum der Angriffe stehen meist auch die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, transidenten und intergeschlechtlichen Menschen. Der Sejm, die erste Kammer des polnischen Parlaments, hat am 28. Oktober einen queerfeindlichen Gesetzentwurf in erster Lesung angenommen und zur weiteren Beratung in die Ausschüsse geschickt.<sup>1</sup> Der Gesetzesentwurf zielt darauf ab, Demonstrationen und Regenbogenparaden zu verbieten, die Versammlungs- und Redefreiheit einzuschränken und die LGTBIQ-Bewegung zu kriminalisieren.

Das queerfeindliche politische Klima verschärft sich in Polen radikal. Im Rainbow Europe Index des europäischen Dachverbands ILGA Europe, einem internationalen Ranking von 49 europäischen und angrenzenden Staaten bezüglich der Umsetzung von LGTBIQ-Rechten, belegt Polen bereits zum zweiten Jahr in Folge den letzten Platz.<sup>2</sup> Im Gegensatz zu anderen Ländern mache Polen beim Schutz von LGTBIQ-Personen und ihrer rechtlichen Anerkennung sogar Rückschritte.

Bereits 2015 verurteilte der Europarat Hassreden und Gewalt gegen Minderheiten sowie zunehmende Homophobie in EU-Mitgliedsstaaten.<sup>3</sup> Die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) beobachtet die Entwicklungen in Europa ebenfalls mit Sorge, und hat umfassende Empfehlungen für die Stärkung von Rechten von LGTBIQ-Personen formuliert.<sup>4</sup>

Im Gegensatz zur Entwicklung in Polen wurden in den letzten Jahren in zahlreichen europäischen Ländern wie auch in Österreich wichtige gesetzliche Schritte in Richtung Gleichberechtigung von LGTBIQ-Personen gesetzt, wie z.B. die Einführung von Anti-Diskriminierungsgesetzen, die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare, die Möglichkeit von alternativen Geschlechtseinträgen („divers“, „inter“, „offen“ und „keine Angabe), oder die zahlreichen rechtlichen Verbesserungen für Regenbogenfamilien, wie die Einführung des Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare. Dennoch sind Phänomene wie Homo- und Transfeindlichkeit, Diskriminierung und Gewalt gegen LGTBIQ-Personen immer noch weit verbreitet. Dies bestätigt auch eine aktuelle Studie der EU-Grundrechteagentur (FRA), die nahelegt, dass viele LGTBIQ-Personen aus

<sup>1</sup> [https://www.queer.de/detail.php?article\\_id=40354](https://www.queer.de/detail.php?article_id=40354)

<sup>2</sup> <https://www.ilga-europe.org/rainboweurope/2021>

<sup>3</sup> <https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20191212IPR68923/parlament-verurteilt-lgbti-freie-zonen-in-polen>

<sup>4</sup> <https://rm.coe.int/5th-cycle-ecri-recommendations-on-lgbt-issues/16809e7b66>

Angst vor Spott, Diskriminierung und Gewalt ihre sexuelle oder geschlechtliche Identität verheimlichen.<sup>5</sup>


Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden


### Entschließungsantrag

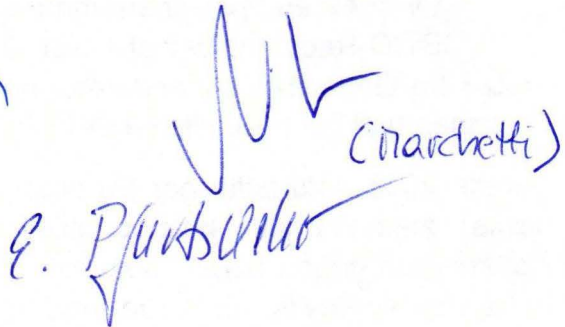
Der Nationalrat wolle beschließen:


„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für EU und Verfassung, wird aufgefordert, sich gegen Angriffe auf die Rede-, Meinungs-, Versammlungsfreiheit von LGBTIQ-Personen in Polen einzusetzen sowie deutlich zu machen, dass die Menschenwürde sowie die Rechte von homosexuellen, bisexuellen, transgender und intergeschlechtlichen Personen von den politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern in Polen zu achten sind.

Die Bundesregierung wird aufgefordert sich weiterhin in bilateralen Beziehungen und auf europäischer Ebene für die Verbesserung der Situation von LGBTIQ-Personen in Europa einzusetzen und sich im Sinne des österreichischen Engagements für Menschenrechte für die Achtung von Grund- und Menschenrechten unabhängig der sexuellen Orientierung, der Geschlechtsidentität oder der Geschlechtsmerkmale einzutreten.“

  
(Ernst-Draedzig)

  
(K...)

  
E. P... (Cirarchetti)

  
(Stap...)

<sup>5</sup> [https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra\\_uploads/fra-2020-lgbti-equality\\_en.pdf](https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2020-lgbti-equality_en.pdf).

